

Hatzinger, Katrin

"Europa? - Nein, danke!?". Ein Plädoyer für eine verstärkte Auseinandersetzung mit europäischen Themen in evangelischer Bildungsarbeit

Forum Erwachsenenbildung 54 (2021) 3, S. 9-13



Quellenangabe/ Reference:

Hatzinger, Katrin: "Europa? - Nein, danke!?". Ein Plädoyer für eine verstärkte Auseinandersetzung mit europäischen Themen in evangelischer Bildungsarbeit - In: Forum Erwachsenenbildung 54 (2021) 3, S. 9-13 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-298777 - DOI: 10.25656/01:29877

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-298777>

<https://doi.org/10.25656/01:29877>

in Kooperation mit / in cooperation with:



WAXMANN
www.waxmann.com

<http://www.waxmann.com>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

schwerpunkt

» „Europa? – Nein, danke!?“ – Ein Plädoyer für eine verstärkte Auseinandersetzung mit europäischen Themen in evangelischer Bildungsarbeit

I. Politische und institutionelle Ausgangspunkte

„Europa? – Nein, danke,“ heißt es nicht selten, soweit europäische Themen auf dem Programm stehen. Dabei müssten europäische Themen eine besonders große Rolle für die evangelische Bildungsarbeit spielen, denn Europa geht uns alle etwas an: Die Europäische Union steht laut EU-Vertrag für Werte wie die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte (Art. 2 EUV) ein. Diese Themen sind allesamt auch solche, für die sich auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) im Rahmen ihres Öffentlichkeitsauftrags engagiert.

Aktuell zeigt sich an vielen Stellen, dass das Wertefundament der Union gefährdet ist, sei es beim Umgang mit Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen, bei der Suche nach gemeinsamen Antworten auf den Klimawandel, bei dem Thema Rechtsstaatlichkeit oder auch bei außenpolitischen Herausforderungen wie dem Nahost-Konflikt oder einer gemeinsamen Haltung gegenüber Russland oder China. Ob es der EU gelingen wird, diesen Herausforderungen angemessen zu begegnen, liegt nicht nur an den politischen Weichenstellungen, sondern auch am Engagement in Zivilgesellschaft und Kirchen, auch und gerade im Bereich evangelischer Bildungsarbeit. Am 26. September 2021 wird in Deutschland der neue Bundestag gewählt. Erfreulicherweise haben alle drei Bewerber um das

Amt des Bundeskanzlers eine dezidierte europapolitische Agenda und rücken die Relevanz der Europapolitik auch in den Fokus ihrer Wahlkampagnen. Dennoch ist es wohl noch ein weiter Weg, bis die Europapolitik auch innenpolitisch den Stellenwert erhält, der ihr zusteht.

Auch wenn die EKD ihre Bildungsarbeit als welt offen und dialogisch definiert, herrscht an evangelischen Akademien, Schulen oder in der Erwachsenenbildung leider allzu oft noch die Haltung vor, EU-Themen seien zu komplex, zu langweilig und zu schwierig, um sie aufzugreifen. Doch gerade weil kirchliches Engagement für Bildung in viele gesellschaftliche Bereiche hineinreicht, könnten viele der aktuellen EU-politischen Themen, wie sie sich auch in den Wahlprogrammen der demokratischen Parteien zur Bundestagswahl finden, ein guter Aufhänger sein, das evangelische Bildungsengagement in diesen Themenfeldern zu verstärken. Die Palette ist breit und reicht von den ethischen und rechtlichen europäischen Rahmenbedingungen für eine vertrauenswürdige Künstliche Intelligenz bis hin zu einem ausgewogenen europäischen Klimagesetz.



OKR'in Katrin Hatzinger

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)
Der Bevollmächtigte des Rates
Leiterin der Dienststelle
Brüssel
katrin.hatzinger@ekd.eu

Es wäre ein wichtiges Signal, wenn sich evangelische Bildung im Lebenslauf noch mehr als bisher auch an die ethische Reflexion europäischer Politikfelder im Sinne des evangelischen Bildungsverständnisses herantrauen würde, um das Wertebewusstsein und das Verständnis für die Gefährdungen des europäischen Zusammenhalts zu schärfen.

Um die folgenden Ausführungen besser vorzubereiten zu können, vorab ein paar Sätze zu der Brüsseler Dienststelle des Bevollmächtigten des Rates der EKD und zu dem Rahmen kirchlicher Arbeit in Brüssel: Die EKD-Vertretung Brüssel ist seit 1990 in Brüssel und umfasst derzeit ein Team von acht Mitarbeitenden. Zudem besteht seit mehr als 10 Jahren eine enge Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej). Seit 2011 ist im Büro die gemeinsame Servicestelle für EU-Förderpolitik und -projekte von EKD und Diakonie Deutschland angesiedelt. So wie sich die Europäische Union von einer Wirtschafts- zu einer Wertegemeinschaft weiterentwickelt hat, haben sich auch die Aufgaben der Dienststelle im Laufe der Jahre vervielfältigt. Konkret sieht die Arbeit vor Ort dergestalt aus, dass die Dienststelle die Beachtung des deutschen Staatskirchenrechts in der EU-Gesetzgebung verfolgt, den Öffentlichkeitsauftrag der Kirche wahrnimmt, aber auch als Informations-, Service- und Veranstaltungsbüro fungiert. Die EKD-Vertretung verfolgt die Entstehung und Entwicklung europäischer Gesetzgebung und Politiken, nimmt eine erste Einschätzung des Verfahrensstandes vor und gibt Handlungsempfehlungen an die EKD und ihre Gliedkirchen ab. Der ökumenische Dreiklang aus dem konziliaren Prozess Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung ist beim thematischen Fokus die Leitschnur. So bringt das Büro in der politischen Debatte um Themen wie die Konferenz zur Zukunft Europas, den Pakt für Migration und Asyl, den Grünen Deal, den Aktionsplan zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte, die Vorbereitung auf die neue EU-Förderperiode oder die Regulierung der ethischen Aspekte von Künstlicher Intelligenz evangelische Standpunkte ein. Vierteljährlich berichten die „EKD-Europa-Informationen“ aus evangelischer Sicht über das aktuelle politische Geschehen in Brüssel¹. Die Förder-InfoAktuell² macht auf europäische Förderprojekte aufmerksam. Regelmäßig werden Besuchergruppen in Vorträgen und Gesprächsrunden über die Arbeit des Büros, die Funktionsweise der Europäischen Union und das Selbstverständnis der Kirchen in Brüssel informiert.

Schließlich geht es auch darum, die EKD als Kirche auf dem Brüsseler Parkett sichtbar zu machen durch Vortragsveranstaltungen und Diskussionspodien zu den verschiedensten Themen. Etabliert haben sich aber auch kleinere Formate wie

das evangelische Abgeordnetenfrühstück oder der Gesprächskreis Christen und Europapolitik. Darüber hinaus bringt sich das Büro mit Rat und Tat beim Deutschen Evangelischen Kirchentag, im Kuratorium von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und im Ethikbeirat der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) zu EU-Themen ein.

Die Arbeit vor Ort verfolgt einen partnerschaftlichen Ansatz mit Ökumene und Zivilgesellschaft. Dabei bilden sich je nach Themenbereich unterschiedliche Allianzen und Netzwerke, die von den kirchlichen Büros, über die Gewerkschaften, die kirchlichen Wohlfahrtsverbände bis hin zu Think Tanks, NGOs wie dem Europäischen Flüchtlingsrat und zu politischen Stiftungen reichen. Eine besonders enge Kooperation besteht zur Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME), der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und der Kommission der Bischofskonferenzen der EU (COMECE) sowie mit der Europareferentin des Katholischen Büros in Berlin, da die Deutsche Bischofskonferenz kein eigenes Büro in Brüssel unterhält sowie den Vertretern von Diakonie Deutschland und Brot für die Welt in Brüssel.

Im Folgenden möchte ich gern anhand von aktuellen ausgewählten EU-politischen Beispielen und dem kirchlichen Engagement in diesen Fragen verdeutlichen, welche Möglichkeiten die europäischen Themen für eine Befassung im Rahmen evangelischer Bildungsarbeit eröffnen und wie sie gegebenenfalls auch die Persönlichkeitsbildung befördern und eine Übernahme von Verantwortungsbereitschaft bestärken können. Dabei orientiere ich mich an drei Thesen aus der meines Erachtens auch heute noch relevanten EKD-Denkschrift des Rates der EKD unter dem Titel „Maße des Menschlichen. Evangelische Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft“ aus dem Jahr 2003³.

II. Europäische Asyl- und Migrationspolitik

„Das Bildungssystem muss sich heute besonders im Umgang mit Vielfalt bewähren.“⁴

Am 23. September 2020 veröffentlichte die Europäische Kommission unter dem Titel „Ein neues Migrations- und Asylpaket“ ein circa 500-seitiges Paket aus legislativen und nicht-legislativen Vorschlägen zur Neuausrichtung und Modernisierung der EU-Migrations- und Asylpolitik. Problematisch an den Vorschlägen ist, dass sie keine grundlegende Änderung des bisherigen Dublinsystems, nämlich die grundsätzliche Zuständigkeit des Mitgliedstaates der ersten Einreise für das Asylverfahren, vorsehen. Ein echter Neubeginn sähe anders aus. Die südlichen Außengrenzstaaten werden nicht wirklich entlastet, vielmehr wird ihnen durch die avisierte Einführung eines verbindlichen Screenings vor der Einreise und sogenannter verpflichtender Asylgrenzverfahren für bestimmte Personengruppen

¹ Vgl. www.ekd.eu (aufgerufen am 7.6.2021)

² Anmeldung zum Newsletter sind möglich über: foerderinfo@ekd.eu (aufgerufen am 7.6.2021)

³ Vgl. EKD Denkschrift 154, https://www.ekd.de/denkschrift_154_einleitung.html (aufgerufen am 15.7.2021)

⁴ EKD Denkschrift 154, These 16.



pen eine noch größere Verantwortung auferlegt. Zu befürchten ist, dass weitere Lager an den EU-Außengrenzen entstehen. Daneben wirkt es zynisch, die in dem Paket enthaltene und kaum praktikable Idee des „return sponsorship“ als Form der Solidarität zu werten. Der angedachte Solidaritätsmechanismus zur Verteilung der Schutzsuchenden auf EU-Länder wirkt in jedem Fall sehr komplex und ist damit nicht sehr praxistauglich.

Zwar ist es zu begrüßen, dass die Kommission versuchte, einen umfassenden Ansatz zu verfolgen mit Maßnahmen und Instrumenten in den Bereichen Asyl, (legale) Migration, Grenzmanagement, Kooperation mit Drittstaaten, Schengen und Integration, der die unterschiedlichen Interessen aller politischen Akteure berücksichtigt und gleichzeitig bemüht ist, alle Mitgliedstaaten in die Verantwortung zu nehmen. Problematisch ist aber der starke Fokus auf Grenzschutz und Rückführung im Vergleich zu Maßnahmen zum Flüchtlingsschutz und zu legalen und sicheren Zugangswegen. Daneben stellen sich die oben aufgeworfenen Fragen im Hinblick auf menschenwürdige Unterbringung an den Außengrenzen, die Gefahr von Menschenrechtsverletzungen, Zugang zu Rechtsschutz und die Praktikabilität.

Die EKD-Synode verabschiedete im November 2020 einen Synodenbeschluss zum Neuen Pakt für Migration und Asyl⁵. Überdies werden die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland dieses Jahr ein „Gemeinsames Wort zur Asyl- und Migrationspolitik“ verabschie-

den und dabei auch die europäische Dimension des Themas behandeln. Die Arbeitsgruppe christlicher Organisationen in Brüssel, worin das EKD-Büro mitarbeitet, legte zudem eine eigene Stellungnahme zu den Gesetzgebungsvorschlägen des Paktes vor⁶, die nun als Grundlage für Gespräche mit Vertretern aus Parlament, Kommission und Rat dienen wird. Voraussichtlich werden die politischen Verhandlungen noch einige Jahre in Anspruch nehmen.

Für die evangelische Bildungsarbeit kann die kirchliche Stellungnahme – gerade, weil es bei diesem Thema keine einfachen Antworten gibt – ein guter Aufhänger sein, nach dem richtigen Verhältnis von Solidarität und Verantwortung in der EU, den ethischen Dilemmata bei einer fairen Verteilung von Schutzsuchenden angesichts anhaltender Widerstände einzelner EU-Staaten und dem Umgang mit Vielfalt in unserer Gesellschaft zu fragen. Die Thematik eignet sich auch dafür, die biblisch-theologische Perspektive des Themas Migration zu diskutieren sowie die gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen durch kulturelle, ethische und religiöse Vielfalt stärker in den Blick zu nehmen. Schließlich lädt der aktuelle politische Prozess dazu ein, die eigene (kirchliche) Verantwortung für eine offene und demokratische Gesellschaft angesichts von erstarkendem Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu behandeln. Sicherlich lohnt auch eine vertiefte zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Gründen für die ablehnende Haltung insbesondere ost- und mitteleuropäischer Staaten gegenüber Schutzsuchenden anderer Religion und Herkunft sowie ein Dialog mit Partnerinstitutionen aus diesen Ländern.

⁵ Vgl. <https://www.ekd.de/beschluesse-synode-2020-60334.htm> (aufgerufen am 7.6.2021)

⁶ Vgl. <https://www.ekd.de/kommentare-der-christian-group-zum-neuen-paket-fuer-migration-64207.htm> (aufgerufen am 7.6.2021)

III. Faire Gestaltung von Globalisierung durch eine europäische Richtlinie zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten

„Bildung betrifft den einzelnen Menschen als Person, seine Förderung und Entfaltung als ‚ganzer Mensch‘ und seine Erziehung zu sozialer Verantwortung für das Gemeinwesen.“⁷

Die EU sieht sich im globalen Kontext in der Verantwortung, etwa für soziale Gerechtigkeit und faire Globalisierung. EU-Justizkommissar Didier Reynders hat für dieses Jahr eine EU-Initiative für die Regelung unternehmerischer Sorgfaltspflichten in globalen Lieferketten angekündigt und die bisherigen Signale auf nationaler und europäischer Ebene sind bislang ermutigend:

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft haben sich die EU-Arbeitsministerinnen und Arbeitsminister am 1. Dezember 2020 auf Ratschlussfolgerungen zu Menschenrechten und menschenwürdiger Arbeit in globalen Lieferketten geeinigt. Damit haben sich erstmals alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union für eine EU-weite verbindliche Regelung unternehmerischer Sorgfaltspflichten ausgesprochen.

Die Europäische Kommission rief in einer öffentlichen Konsultation dazu auf, Ideen und Vorschläge zu dem geplanten Gesetzesvorhaben einzureichen. Die Brüsseler Dienststelle hat sich an der Konsultation beteiligt und sich auf Grundlage des Beschlusses der EKD Synode vom November 2020⁸ und des 2021 veröffentlichten Impulspapiers der Kammer für nachhaltige Entwicklung „Verantwortung in globalen Lieferketten“⁹ für einen EU-Rechtsrahmen ausgesprochen. Zu oft zeigte sich in der Vergangenheit, dass allein freiwillige Maßnahmen von Unternehmen nicht ausreichen. Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitenden sollten im Einklang mit den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte EU-weit verpflichtet werden, alle verhältnismäßigen und angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu verhindern, dass in ihren Wertschöpfungsketten nachteilige Auswirkungen auf Menschenrechte, Gesundheit, Sicherheit und Umwelt auftreten. Eine „Bemühenspflicht“ im Rahmen eines „Smart Mix“ zwischen Freiwilligkeit und Verbindlichkeit wäre hier ein sinnvoller Ansatz. Überdies bedarf es aus kirchlicher Sicht ambitionierter Durchsetzungsmechanismen mit klaren Vorgaben für Haftungs- und Entschädigungsregeln sowie weiterer Maßnahmen auf EU-Ebene zur Förderung einer nachhaltigen Corporate-Governance.

Während auf der europäischen Ebene aktuell noch die Vorbereitungen für einen europäischen Rechtsakt laufen, ist in Deutschland, ähnlich wie zuvor bereits etwa in den Niederlanden oder Frankreich ein Entwurf für ein nationales „Lieferkettengesetz“ vorgestellt worden. Am 12. Februar 2021 wurde der Entwurf für ein deutsches Sorgfalts-

pflichtengesetz nach langen Diskussionen zwischen den Bundesministerien für Wirtschaft und Energie, Arbeit und Soziales und für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorgelegt. Damit gibt es nunmehr einen Gesetzesentwurf, der aller Voraussicht nach noch in dieser Legislatur vom Bundestag verabschiedet wird. In Brüssel begleitet die Dienststelle die Thematik über verschiedene Stellungnahmen zur nationalen und europäischen Gesetzgebung, durch Gespräche mit NGO-Vertretern und Vertretern der EU-Institutionen sowie im Rahmen der Konzeption und Durchführung mehrerer virtueller Diskussionsveranstaltungen.

Die Thematik von menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in globalen Lieferketten bietet für Anbieter von evangelischer Bildung im Lebenslauf viele konkrete Anknüpfungspunkte, über die Grundlagen unseres Wohlstands und über unsere Verantwortung für die Art, wie wir wirtschaften und konsumieren, zu informieren und ins Gespräch zu kommen. Auch diesbezügliche kirchliche Texte bieten konkrete Impulse, um den eigenen Lebenswandel im Sinne des Gemeinwohls zu hinterfragen und durch die Veränderung des eigenen Lebensstils zu fairem und nachhaltigem Konsum beizutragen. Für diese Auseinandersetzung kann es ferner auch erhellend sein, die Debatten auf nationaler Ebene (Sorgfaltspflichtengesetze in Frankreich, den Niederlanden, bald auch in Deutschland) mit den europäischen Debatten zu verknüpfen, insbesondere angesichts von Gegenargumenten seitens einiger Wirtschaftsvertreter. Die Thematik ist ein gutes Beispiel dafür, wie oft doch die nationalen und europäischen Debatten Hand in Hand gehen.

IV. Die Konferenz zur Zukunft Europas

„Bildung für eine offene Zukunft kann nicht aus der Zukunft abgeleitet werden, hat jedoch auf erkennbare zukünftige Gefahren zu antworten.“¹⁰

Die EU bietet riesige Gestaltungschancen, doch sie ist nur so stark, wie ihre Mitglieder es zulassen. Von daher bedarf das europäische Gemeinschaftswerk der Fürsprache und der Ideen, aber auch der Kritik aus Kirchen und Zivilgesellschaft. In Zeiten von zunehmendem Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und anderer antieuropäischer Fliehkräfte leisten die evangelischen Kirchen einen wichtigen Beitrag zum europäischen Gemeinwohl. Sie pflegen kirchliche Partnerschaften über Grenzen hinweg, engagieren sich gegen Intoleranz und Fremdenhass und leisten konkrete (diakonische) Arbeit gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Eine aktuelle Möglichkeit für die evangelische Erwachsenenbildung, sich aktiv an der Debatte um eine gemeinsame Zukunft im geeinten Europa zu beteiligen, bietet die „Konferenz zur Zukunft Europas“. Am 9. Mai 2021 wurde sie in Lissabon fei-

⁷ EKD Denkschrift 154, These 1.

⁸ Vgl. <https://www.ekd.de/beschlusse-synode-2020-60334.htm> (aufgerufen am 7.6.2021)

⁹ Vgl. <https://www.ekd.de/ekd-text-135-verantwortung-in-globalen-lieferketten-62926.htm> (aufgerufen am 7.6.2021)

¹⁰ EKD Denkschrift 154, These 8.



erlich eröffnet. Basierend auf einer Idee des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und aufgegriffen von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen können europäische Bürgerinnen und Bürger ein Jahr lang zu verschiedenen Zukunftsthemen diskutieren und ihre Erwartungen und Ideen an die EU vorbringen. Diese sollen dann in Form von Schlussfolgerungen im Frühjahr 2022 in die künftige Arbeit der EU-Institutionen einfließen. Die Konferenz ist in verschiedene Formate aufgeteilt. Die Grundstruktur der Konferenz besteht aus drei zentralen Säulen: dem Exekutivkomitee, der Plenarversammlung und den Bürgerforen. Spezifische Veranstaltungsformate sollen zudem gezielt junge Menschen einbinden. Das Exekutivkomitee soll den Konferenzablauf überwachen und die Sitzungen der Plenarversammlung vor- und nachbereiten. Es setzt sich aus den Präsidenten der drei EU-Institutionen Kommission, Parlament und Rat zusammen. Mindestens halbjährlich soll die Plenarversammlung stattfinden, die aus den Vertretern der drei EU-Institutionen, Vertretern nationaler Parlamente, dem Ausschuss der Regionen, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft besteht. Die dritte Säule schließlich bilden die Bürgerforen aus zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern. Dabei soll ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung nach Herkunft, Geschlecht, Alter, sozioökonomischer Hintergrund und Bildungsgrad einbezogen werden. Bereits vor dem offiziellen Konferenzauftakt ist am 19. April 2021 eine mehrsprachige digitale Plattform¹¹ gestartet, die unter dem Einsatz Künstlicher Intelligenz Übersetzungen in Echtzeit

vornimmt und pan-europäische Diskussionen ohne jegliche Sprachhürden verspricht.¹² Die Konferenz soll ein breites Spektrum an Themen behandeln. Es reicht vom Kampf gegen den Klimawandel, über Wirtschaft für die Menschen, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, intergenerationelle Solidarität, digitaler Wandel, Europas Rechte und Werte einschließlich der Rechtsstaatlichkeit bis hin zu den Herausforderungen durch die Migration.

Anbietern von evangelischer Bildung im Lebenslauf bietet die Konferenz die Chance, entweder im Rahmen bereits geplanter Vorträge/Seminare oder in eigens konzipierten Veranstaltungen zivilgesellschaftliche Erwartungen an die EU-Politik der Zukunft zu formulieren. Der pan-europäische Charakter der Konferenz lässt sich auch als Rahmen und Überschrift nutzen, um in diesem Jahr gemeinsam mit anderen europäischen kirchlichen Bildungsträgern und anderen Partnern aus dem europäischen Ausland stärker in Austausch zu kommen.

Wie eingangs festgestellt: wir als Kirchen und als Christinnen und Christen sind einem Europa des Zusammenhalts und des Miteinanders verpflichtet, über Grenzen hinweg. „Europa? – Ja, bitte“, das wäre ein ermutigender Ausblick, der sich in der Landschaft Evangelischer Erwachsenenbildung weithin eröffnen lässt.

¹¹ Vgl. <https://future.europa.eu/?locale=de> (aufgerufen am 7.6.2021)

¹² Es wurde auch eine Charta für jene Bürger und Veranstalter verabschiedet, die sich an der Konferenz zur Zukunft Europas beteiligen. Konferenzteilnehmer verpflichten sich danach, die europäischen Werte der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte zu achten.

» **schwerpunkt – Europäisches Gemeinwohl stärken**

Katrin Hatzinger

„Europa? – Nein, danke!“ – Ein Plädoyer für eine verstärkte Auseinandersetzung mit europäischen Themen in evangelischer Bildungsarbeit 9

Würde die Kirche als Träger von evangelischer Bildung im Lebenslauf sich stärker an die ethische Reflexion von europäischen Politikfeldern herantrauen und damit das Wertebewusstsein und Verständnis für mögliche Gefährdungen des europäischen Zusammenhalts schärfen, so wäre das ein wichtiges Signal. Darauf zielend benennt die Autorin, basierend auf der Arbeit des EKD-Büros Brüssel, aktuelle EU-politische Beispiele und gibt einen Überblick über das kirchliche Engagement in diesen Fragen.

Andreas Mayert

Die Notwendigkeit einer gemeinwohlorientierten europäischen Erwachsenenbildung..... 14

Was kann gemeinwohlorientierte europäische Erwachsenenbildung bewirken? Erläutert wird, was konzeptionell unter Gemeinwohl zu verstehen ist und warum Erwachsenenbildung maßgeblich zur Entstehung europäischen Gemeinwohls beitragen kann. Die Marginalisierung allgemeiner Erwachsenenbildung in EU-Bildungsprogrammen verkennt dieses Potenzial vollständig. Notwendig ist ein deutlich stärker gefördertes und weit über schlichte Wertevermittlung hinausgehendes gemeinwohlorientiertes EU-Erwachsenenbildungskonzept.

Peter Schreiner

Zivilgesellschaft in Europa – Chancen und Herausforderungen für die evangelische Erwachsenenbildung 19

Europäisches Regieren bedarf der Partizipation und Interaktion mit Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, wenn Menschen für die Gestaltung eines demokratischen, vereinten und freien Europas gewonnen werden sollen. Der Erwachsenenbildung kommt hier eine entscheidende Rolle zu. Wie kann sie zu einer „Zivilisierung“ der europäischen Politik beitragen, wie können Prozesse einer Europäisierung von Bildung adäquat aufgenommen werden?

Bernd Käßlinger

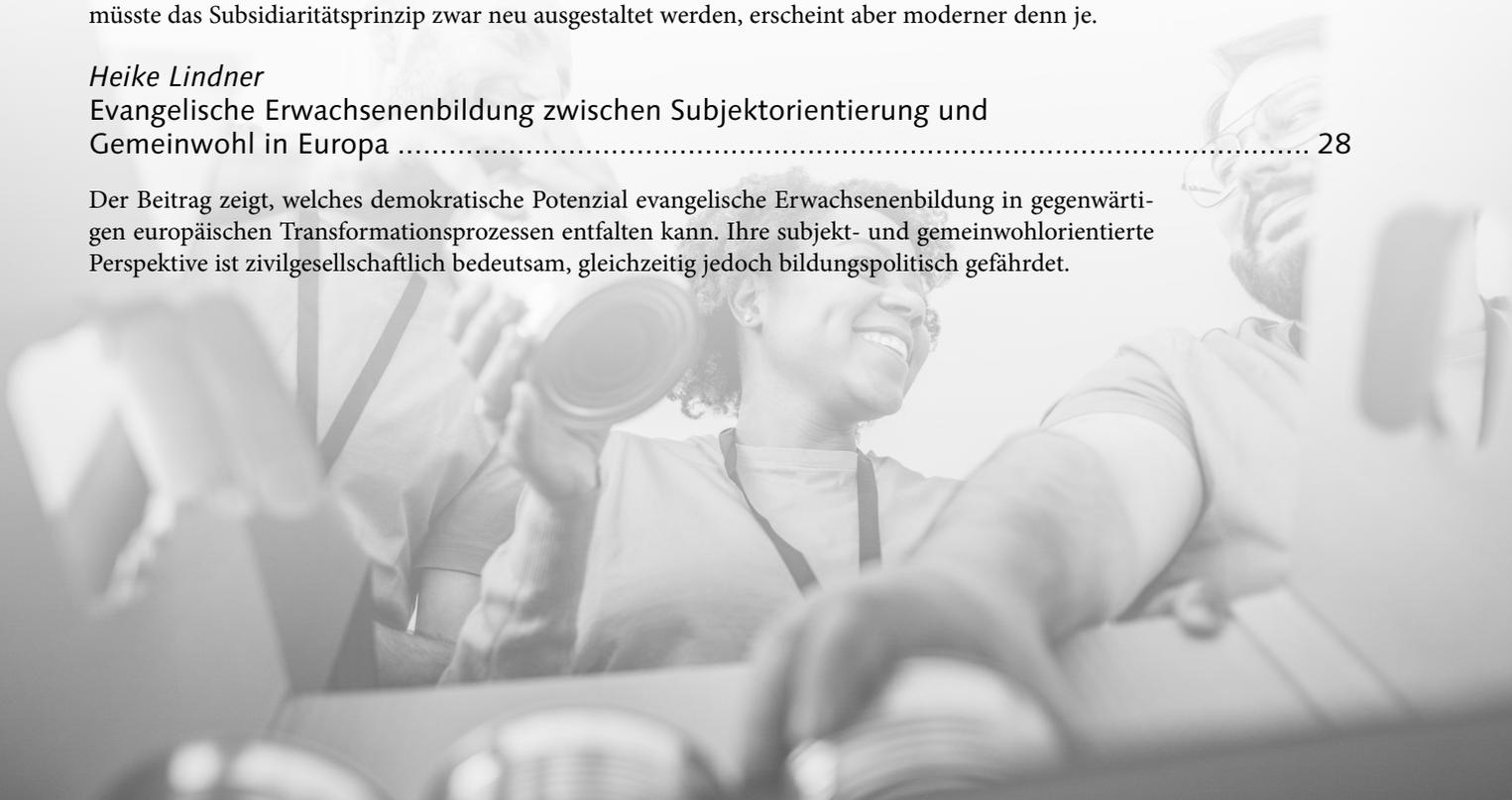
Subsidiarität: Ein Prinzip mit Geschichte und Zukunft? 24

Der Beitrag diskutiert das Subsidiaritätsprinzip. Es wird als ein wichtiges Korrektiv zu ausgeprägten Steuerungsabsichten auf nationaler wie internationaler Ebene betrachtet. Der Beitrag plädiert für eine pluralistische Gemeinwohlorientierung, die nicht an Mehrheitspositionen ausgerichtet ist. Damit müsste das Subsidiaritätsprinzip zwar neu ausgestaltet werden, erscheint aber moderner denn je.

Heike Lindner

Evangelische Erwachsenenbildung zwischen Subjektorientierung und Gemeinwohl in Europa 28

Der Beitrag zeigt, welches demokratische Potenzial evangelische Erwachsenenbildung in gegenwärtigen europäischen Transformationsprozessen entfalten kann. Ihre subjekt- und gemeinwohlorientierte Perspektive ist zivilgesellschaftlich bedeutsam, gleichzeitig jedoch bildungspolitisch gefährdet.



» **editorial**

Steffen Kleint
Liebe Leserin, lieber Leser, 3

» **aus der praxis**

Sophia Summer
Sprachkurs absolviert und trotzdem
überall Hürden? 6

» **europa**

Torsten Schneider, Anke Dreesbach
Erwachsenenbildung entdeckt das Gemeinwohl in Europa 8

» **einblicke**

Falk Scheidig, Tetyana Kloubert
Das Lernen Erwachsener im Spiegel der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021 32

Timo Stockhorst
Raus aus der Reserve – für eine Europa-Avantgarde in der Weiterbildung 36

Ulrich Klemm
Bildungsdilemma und Diskursbedarfe
Gemeinwohlorientierung zwischen sozialem und beruflichem Lernen 38

Julia Hübinger
Gemeinwohl-ökonomisches Handeln einfordern
Ein Einblick in die Diskurse der evangelischen Erwachsenenbildung
in Württemberg auf Grundlage einer gemeinsamen europäischen Lernerfahrung..... 40

» **jesus – was läuft?**

Hans Jürgen Luibl
Gott, Gericht und eine Lachnummer 42

» **service**

Filmtipps 44

Publikationen 45

Veranstaltungstipps 53

Impressum 58



Mehr **forum erwachsenenbildung**?

Hat dieser Artikel Ihnen gefallen?

Wenn Sie regelmäßig über Bildung im Lebenslauf aus wissenschaftlicher, praxisnaher, bildungspolitischer und evangelischer Perspektive informiert werden möchten, abonnieren Sie **forum erwachsenenbildung**:

Abo bestellen Print oder online

(öffnet eine E-Mail-Vorlage an info@waxmann.com)

- Print:** 4 Ausgaben pro Jahr, Jahresabo 25,- € zzgl. Versandkosten, inkl. Online-Zugang (freier Zugriff auf alle Ausgaben ab 2015)
- Online:** 4 Ausgaben pro Jahr (PDF), Jahresabo 20,- € (freier Zugriff auf alle Ausgaben ab 2015)



www.waxmann.com/forumerwachsenenbildung

DEAE WAXMANN